

mit Schwerpunkt **Energiemarkt**

Die Spätfolgen des Hungers in der Kindheit werden häufig systematisch unterschätzt

Die gesundheitlichen Spätfolgen von in der Kindheit erlebtem Hunger sind gravierender als häufig angenommen. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle empirische Studie. Sie verknüpft Informationen zur Gesundheit im Erwachsenenalter von Menschen, die in Zeiten der Hungersnot Kind waren, mit Informationen zu tatsächlich erlebtem Hunger.

scher und niederländischer Geburtskohorten, die im Laufe ihrer Jugend einer der großen Hungersnöte der 1940er Jahre ausgesetzt waren.

Folgen des Hungers oft unterschätzt

Die individuelle Ernährungslage ist eine problematische Größe, da sie zum einen endogen und zum anderen meist unbeobachtet ist. In der Kindheit eine allgemeine Hungersnot erlebt zu haben, bedeutet jedoch nicht automatisch, auch individuell Hunger gelitten zu haben und umgekehrt. Die gängige Praxis, den Gesundheitszustand derer, die während einer Hungersnot gelebt haben, mit der jener zu vergleichen, die früher oder später gelebt haben, kann daher bestenfalls zu einer qualitativen Aussage bezüglich des kausalen Effekts individueller Mangelernährung führen. Der tatsächliche Effekt von Hunger und Unterernährung während der Kindheit wird hierbei erheblich unterschätzt. Die Studie geht nun einen Schritt weiter: Sie verknüpft erstmalig das Auf-



Kinder, die ihren Tag mit weitgehend leerem Magen verbringen müssen, sind im Erwachsenenalter häufiger von verschiedenen Krankheiten betroffen.

Kinder, die unter Hunger und Mangelernährung leiden, gibt es nicht nur in armen, wenig entwickelten Volkswirtschaften. Auch in den reichen Industrienationen leben erschreckend viele Kinder, die ihren Tag mit weitgehend leerem Magen verbringen müssen. Beispielsweise gibt die Wohlfahrtsorganisation „Feeding America“ an, dass allein in den Vereinigten Staaten fast vier Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren regelmäßig von Hunger betroffen sind. Dieser Befund ist umso alarmierender, da verschiedene Studien gezeigt haben, dass Erwachsene tendenziell stärker von bestimmten gesundheitlichen Problemen betroffen sind, wenn sie im Kindesalter Hunger litten.

Aus ökonomischer Perspektive ist Hunger vor allem ein Verteilungsproblem, das sich unter anderem durch staatliches Eingreifen beheben lässt. Um effektive Maßnahmen zur Bekämpfung von Hunger und Unterernährung und dessen Langzeitfolgen zu ergreifen, sollten Entscheidungsträger allerdings wissen, in welchem Alter Hunger besonders schädlich für die Gesundheit im späteren Erwachsenenalter ist. Ein aktuelles ZEW-Diskussionspapier (Discussion Paper Nr. 12-019) leistet einen Beitrag zu diesem Erkenntnisgewinn. Es untersucht die Auswirkungen von Hunger in der Kindheit auf die Gesundheit im Erwachsenenalter anhand einer Stichprobe griechischer, deut-

IN DIESER AUSGABE

Die Spätfolgen des Hungers in der Kindheit werden häufig systematisch unterschätzt.	1
Deutsche Immobilien bleiben gefragt	2
Nachgefragt: Wie verändert Cloud Computing die Arbeitswelt?	3
Indikatoren zur Bewertung der Energiepolitik	4
Nachgefragt: Wie ist die europäische Schuldenkrise einzudämmen?	6
ZEW Wirtschaftsforum.	7
ZEW Intern	10
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12

FORSCHUNGSERGEBNISSE

treten einer Hungersnot mit persönlichen Informationen zu Phasen der Lebensmittelknappheit und ermittelt so den kausalen Effekt einer Hungerperiode während der Kindheit.

Problem unvollständiger Erinnerung

Die Studie basiert auf Daten des Survey of Health, Aging and Retirement in Europe (SHARE), einem europaweiten Längsschnittdatensatz mit Informationen zu über 50-Jährigen. Untersucht werden Informationen von 5.750 Menschen, die zwischen den Jahren 1920 und 1955 in Deutschland, Griechenland und den Nie-

derlanden geboren wurden. Neben den Informationen zum Auftreten von Hungersnöten in ihrer Kindheit werden die Betroffenen explizit um Angaben gebeten, ob, wann und in welchem Maße sie vom Hunger in ihrer Kindheit betroffen waren. Es kommen verschiedene Schätzverfahren zum Einsatz, um das Problem unvollständiger Erinnerung zu beheben.

Die Ergebnisse machen deutlich, dass Frauen, die im Alter von sechs bis 16 Jahren einer durch Hungersnöte verursachten Phase des Hungers ausgesetzt waren, ein erhöhtes Risiko aufweisen, im späten Erwachsenenalter fettleibig zu werden. Männer, die in derselben Periode Hunger

gelitten haben, leiden häufiger unter Bluthochdruck. Wenn Menschen im Mutterleib oder bis zum Alter von vier Jahren unter Hunger gelitten haben, erhöht sich das Bluthochdruckrisiko bei Frauen um 42 Prozentpunkte, die durchschnittliche Körpergröße bei Männern wird um drei Zentimeter reduziert. Die Körpergröße gilt als wichtiger Indikator für die Kindsgesundheit und Prädiktor für ein langes Leben. Es zeigt sich ferner, dass der normalerweise in der Literatur ermittelte Effekt einer Hungersnot den tatsächlichen kausalen Effekt einer Mangelernährung häufig um mehr als das dreifache unterschreitet.

Pia Pinger, dovern-pinger@zew.de

Deutsche Immobilien bleiben gefragt

Deutsche Immobilien erfreuen sich einer regen Nachfrage und dieser Trend dürfte sich in den kommenden zwölf Monaten weiter verstärken. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Umfrage des ZEW unter rund 100 Immobilienmarktexperten.

Insbesondere Wohnimmobilien stehen bei den Investoren hoch im Kurs. Über 68 Prozent der befragten Experten erwarten, dass die Nachfrage in diesem Segment in den kommenden zwölf Monaten weiter steigen wird. Weitere 32 Prozent rechnen zumindest mit einer stabilen Nachfrage nach deutschen Wohnimmobilien und kein Experte ist der Meinung, dass die

Nachfrage in diesem Segment zurückgehen wird. Auch für Büro-, Logistik- und Einzelhandelsimmobilien erwartet rund ein Viertel der Befragten, dass die Nachfrage für deutsche Objekte weiter anziehen wird. Damit überwiegen auch für diese Segmente die positiven gegenüber den negativen Einschätzungen. Zwischen 60 und 65 Prozent der Umfrageteilnehmer

gehen dagegen von keinen deutlichen Nachfrageveränderungen bei Büro-, Logistik- und Einzelhandelsimmobilien aus (siehe Abbildung).

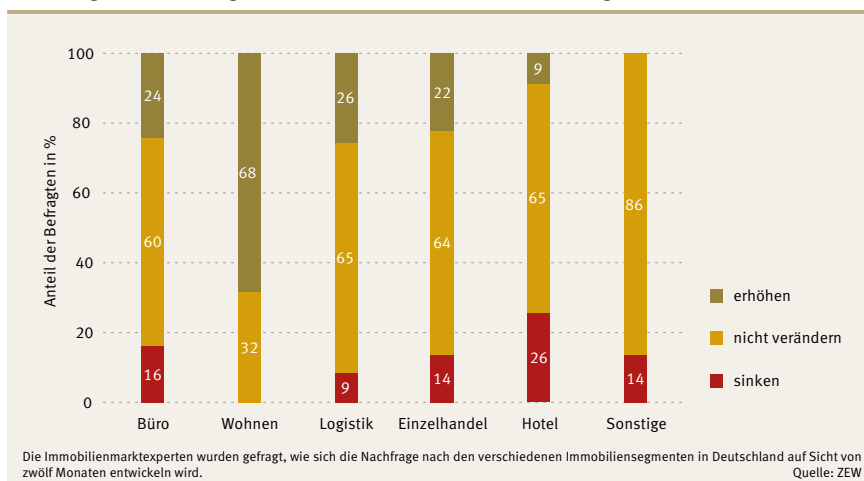
Deutsche Immobilien hoch im Kurs

Die Immobilienmarktexperten wurden ferner um ihre Einschätzung gebeten, wie sich die Nachfrage am deutschen Immobilienmarkt unter Berücksichtigung der Herkunftsregion der Investoren entwickeln wird. Die Experten sind sich in ihrer Einschätzung einig, dass deutsche und andere europäische Investoren sowie Investoren aus Asien und Nordamerika in den kommenden zwölf Monaten kräftig am deutschen Immobilienmarkt investieren wollen. So erwarten 63 Prozent der Umfrageteilnehmer, dass insbesondere Investoren aus Asien und dem Nahen Osten verstärkt am deutschen Immobilienmarkt investieren werden. Dass die Nachfrage von Seiten deutscher Investoren anziehen wird, glauben 53 Prozent. Die Hälfte der Befragten rechnet mit einem stärkeren Engagement von Investoren aus dem Euroraum, 43 Prozent der Umfrageteilnehmer erwarten diese Entwicklung für Investoren aus Nordamerika.

Nähere Informationen finden sich im aktuellen DIFI-Report: www.zew.de/DIFI

Prof. Dr. Felix Schindler, schindler@zew.de

Nachfrageentwicklung nach verschiedenen Immobiliensegmenten



Nachgefragt: Wie verändert Cloud Computing die Arbeitswelt?

Arbeiten an jedem Ort und zu jeder Zeit

Immer mehr Unternehmen verlagern ihre IT-Infrastruktur in die „Cloud“. Damit müssen sie Firmendaten, Rechnerkapazität oder Softwareanwendungen nicht länger im unternehmenseigenen Rechenzentrum vorhalten, sondern können sie ins Internet auslagern. Dr. Jörg Ohnemus spricht über die Vor- und Nachteile des Cloud Computing.

Warum lohnt es sich für Unternehmen, IT-Anwendungen nicht selbst vorzuhalten, sondern über Cloud Computing zu beziehen?

In erster Linie können Unternehmen durch die Nutzung von Cloud Computing Kosten einsparen. Gerade bei Diensten und Prozessen, die nur gelegentlich anfallen, lohnen sich meist die Investitionen in lokale und notwendigerweise an Spitzenlasten ausgelegte IT-Systeme kaum. Durch die Auslagerung in die Cloud sparen Unternehmen diese hohen Investitionskosten, an deren Stelle dann nutzungsabhängige variable Kosten treten. Cloud Computing steigert zudem die Flexibilität der Unternehmen, da die Dienste kurzfristig und beliebig skalierbar an den Bedarf angepasst werden können.

Welchen Unternehmen nutzen besonders Cloud Services?

Am meisten profitieren wohl kleine und mittlere Unternehmen vom Cloud Computing, da sie sich zum Beispiel den Kauf von teuren und nur temporär benötigten Softwarelösungen sparen und trotzdem flexibel die benötigten IT-Services bei Bedarf in Anspruch nehmen können. Des Weiteren sind es vor allem Neugründungen und junge Unternehmen, die noch keine eigenen IT-Strukturen aufgebaut haben, die von Cloud-Services begünstigt werden.

Was sind die Risiken der Nutzung von extern bereitgestellter IT-Infrastruktur?

Wenn man sich für die Cloud entscheidet, begibt man sich natürlich in ein Abhängigkeitsverhältnis und verliert ein Stück weit die direkte Kontrolle über die Prozesse. Dies ist allerdings nicht Cloud Computing-spezifisch, sondern bei jeder ausgelagerten Dienstleistung der Fall. Wichtig ist, dass die Unternehmen mit ihrem zukünftigen Cloud-Dienstleister die

genauen Anforderungen und die Leistungsqualitäten der Cloud-Dienste definieren. Trotz solcher Service Level Agreements können natürlich technische Probleme beim Cloud-Dienstleister dazu führen, dass Dienste längere Zeit ausfallen. Dies ist bereits vereinzelt vorgekommen und zog eine Debatte über die Zuverlässigkeit von Cloud Computing nach sich.

Welche Herausforderungen muss das Cloud Computing noch lösen?

Viele Unternehmen halten sich wegen der unklaren rechtlichen Regelungen bislang mit dem Gang in die Public Cloud zurück. Aufgrund datenschutzrechtlicher

Cloud-Services machen Investitionen der Unternehmen in Hard- und Software sowie lokalen Support teilweise überflüssig. Wird es zu einem Beschäftigungsabbau in großem Umfang in den IT-Abteilungen der Unternehmen kommen?

Damit ist eher nicht zu rechnen. Natürlich wird an einzelnen Stellen IT-Personal eingespart, allerdings wird dies an anderen Stellen aufgrund der zunehmenden Digitalisierung der Geschäftsprozesse in den Unternehmen auch wieder benötigt. Zumindest bei mittleren und großen Unternehmen geht momentan der Trend zu hybriden Cloud-Lösungen. Das bedeutet, dass firmeninterne Cloud-Dienste, die weiterhin eigenes IT-Personal notwendig machen, gemeinsam mit Public Cloud-Anwendungen zum Einsatz kommen. Nicht zuletzt besteht natürlich auch bei den Cloud-Anbietern ein großer und wachsender Bedarf an IT-Spezialisten.

Dr. Jörg Ohnemus arbeitet als Wissenschaftler in der Forschungsgruppe Informations- und Kommunikationstechnologien am ZEW. Er promovierte an der Humboldt-Universität zu Berlin mit einer Analyse zur Auslagerung von Informationstechnologien und computerintensiven Geschäftsprozessen und deren Effekte auf den Unternehmenserfolg. Im Mittelpunkt seiner Forschungsinteressen stehen die Adaption und die Auswirkungen von (neuen) Informations- und Kommunikationstechnologien auf die Produktivität der Unternehmen.



Bestimmungen müssen Unternehmen in Deutschland jederzeit Zugriff auf die Daten ihrer Kunden haben. Liegen diese in der Cloud, ist dies nicht immer gewährleistet, gerade wenn zum Beispiel die Rechenzentren in den Vereinigten Staaten liegen. Im Wesentlichen ist bisher die Speicherung von personenbezogenen Daten für deutsche Unternehmen nur innerhalb der EU rechtlich unproblematisch. Dies führte dazu, dass einige Cloud-Anbieter Rechenzentren in Europa errichten, obwohl natürlich ein Großteil der Cloud-Infrastruktur in Nordamerika liegt.

Inwiefern wird Cloud Computing unsere Arbeitswelt umkrempeln?

Die Cloud wird sicherlich nicht von heute auf morgen unsere Arbeitswelt total verändern. Aber Cloud Computing wird zusammen mit dem mobilen Internet dafür sorgen, dass wir zukünftig von jedem beliebigen Ort aus und zu jeder beliebigen Zeit arbeiten können. Dies wird sich auf die Arbeitsabläufe und die Art und Weise, wie wir unsere Arbeits- und Freizeit aufteilen werden, auswirken.

Dr. Jörg Ohnemus, ohnemus@zew.de
Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de

Indikatoren zur Bewertung der Energiepolitik

Indikatoren können energiepolitischen Erfolg und Misserfolg sichtbar machen. Ein transparentes und nachvollziehbares Konzept ist notwendig, nach dem diese Kennzahlen ausgewählt werden. Dies zeigt eine Studie des ZEW im Auftrag des Bundesverbands der Deutschen Industrie.



Die vor allem in Norddeutschland gewonnene Windenergie muss zu den Menschen im Süden transportiert werden. Hierzu ist ein Ausbau der Netzinfrastruktur zwingend notwendig.

Die Versorgung mit Energie soll sicher, umweltverträglich und wirtschaftlich sein. Diese drei Ziele muss Energiepolitik erreichen, um erfolgreich zu sein und Akzeptanz in der Bevölkerung zu finden. In einem so komplexen Feld wie der Energiepolitik ist es jedoch nicht möglich, den „Stand der Dinge“ ohne weiteres abzubilden. Indikatoren können dieses Problem abmildern. Sie zeigen Entwicklungen und dringende Probleme auf, beschreiben

komplexe Fragestellungen kompakt und erzeugen öffentliche Aufmerksamkeit

Grundsätzlich gibt es viele Maßzahlen, mit denen der Erfolg von Energiepolitik gemessen werden kann. Allein in der ZEW-Studie wurden über 100 potentielle Indikatoren recherchiert, ausgewertet und dargestellt. Dazu wurden verschiedene Monitoringberichte und die wissenschaftliche Literatur herangezogen. Auch das Wissen von Experten aus der Energiewirt-

schaft und –politik ist in Experteninterviews und Projektworkshops in die Auswertung eingeflossen.

Dennoch besteht weiterhin die Gefahr, dass die große Zahl von Indikatoren kein unverzerrtes Bild der Energiepolitik liefert oder wichtige Dimensionen der Ziele unberücksichtigt bleiben. Daneben geht notwendigerweise Information verloren, wenn die Zahl von Indikatoren auf ein übersichtliches Maß reduziert werden soll. Daher ist es von Bedeutung, die Indikatoren auf transparente und nachvollziehbare Weise auszuwählen.

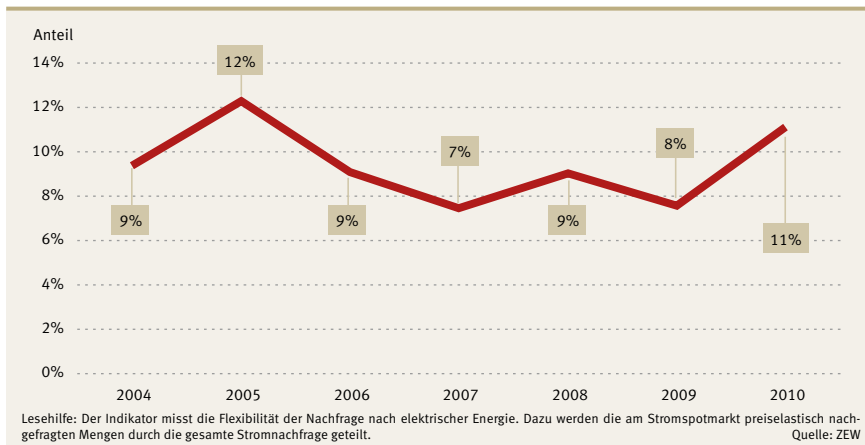
Indikatoren für Sicherheit, Umweltverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit

Das Konzept geht von den Zielen Sicherheit, Umweltverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit der Energieversorgung aus. Jedes Ziel hat verschiedene Dimensionen, für die geeignete Indikatoren vorgeschlagen und – wenn möglich – auch mit Daten quantifiziert werden.

Die Sicherheit der Energieversorgung wird entlang der Lieferkette gemessen. Die Flexibilität und Resilienz (Widerstandsfähigkeit) der Nachfrage setzt an der Endnachfrage an. Die flexible Nachfrage beschreibt, wie kritisch eine Versorgungsunterbrechung wäre (siehe Grafik links unten). Die Netzsicherheit und die Kapazitätsreserven der Energiebereitstellung erfassen die Versorgungssicherheit aus einer technischen Perspektive. Bei der Ressourcenverfügbarkeit stehen vor allem politische Risiken für Lieferunterbrechungen im Vordergrund. Die Preissicherheit beschreibt Versorgungsrisiken, die ihren Niederschlag in den Weltmärkten für Energie finden.

Die Umweltverträglichkeit der Energieversorgung ist ein vielgestaltiges Ziel und besteht aus mindestens zehn relevanten Dimensionen, wie Klimawandel, Versauerung von Böden und Meeren, Feinstaub oder der Verbrauch von Ressourcen. Die dazugehörigen Indikatoren messen die Emissionen von Schadstoffen sowie den Verbrauch von Ressourcen, um Rückschlüsse auf die Umweltverträglichkeit des Energiesystems ziehen zu können.

Flexible Nachfrage am Stromspotmarkt bezogen auf den jährlichen Stromverbrauch



WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE



Die Umweltverträglichkeit der Energieversorgung weist verschiedene Dimensionen auf. Gemessen werden etwa die Luftbelastung sowie der Verbrauch von Ressourcen.

Die Wirtschaftlichkeit der Energieversorgung ist als die gesamtwirtschaftliche Effizienz der Energieversorgung definiert. Um sie zu messen wird überprüft, ob die Bedingungen für eine effiziente Energieversorgung erfüllt werden, also ob Wettbewerb auf Energiemärkten herrscht (siehe Abbildung rechts), ob externe Effekte internalisiert werden, ob Informationen verfügbar sind und wie groß die volkswirtschaftlichen Kosten energiepolitischer Markteingriffe sind.

Weiter großer Forschungsbedarf

Für die Sicherheit der Energieversorgung stehen vergleichsweise viele gute Indikatoren zur Verfügung. Forschungsbedarf besteht vor allem bei Flexibilität und Resilienz der Nachfrage, einem Aspekt der Sicherheit, der in Zukunft deutlich höheres Gewicht gewinnen könnte. Die Indikatoren für die politischen Risiken für Lieferausfälle sollten hinsichtlich ihrer Aussagekraft empirisch überprüft werden. Zudem wäre ein technisch ausgereifter Indikator für die Spannungsqualität im Stromnetz ein großer Fortschritt für die Messung der Netzsicherheit.

Bei der Messung der Umweltverträglichkeit tauchen an vielen Stellen Datenlücken auf. Das gilt für Emissionen in Boden- und Wasser sowie für den Verbrauch von Ressourcen und die Nutzung von Land. Zudem muss bei den Indikatoren für Emissionen regelmäßig geprüft werden, ob die relevanten Emissionen erfasst sind. Außerdem tauchen bei der Messung

von Ressourcenverbrauch und Landnutzung noch definitorische Probleme auf, die zu klären sind.

Wirtschaftlichkeitsmessung der Energieversorgung problematisch

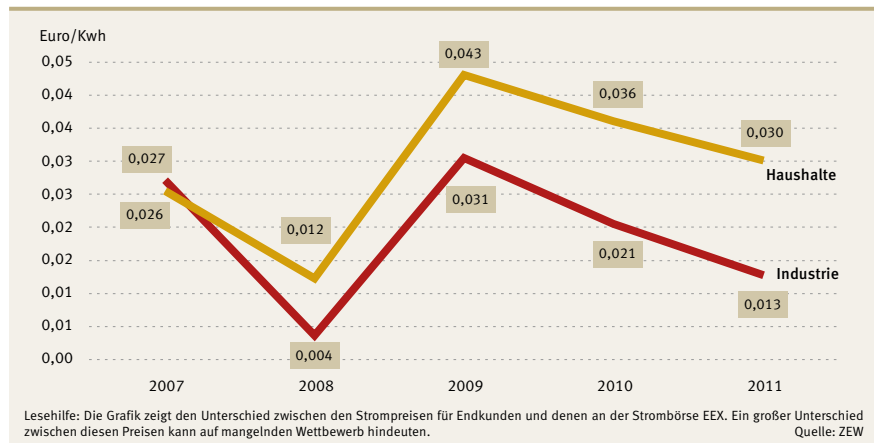
Die größten Herausforderungen bestehen, wenn man die Wirtschaftlichkeit der Energieversorgung messen will. Das gilt besonders für die externen Effekte der Energieversorgung und für die volkswirtschaftlichen Kosten energiepolitischer

Maßnahmen – zum Beispiel internationale Wettbewerbseffekte – nur schwer durch Indikatoren zu messen.

Indikatoren als Ausgangspunkt für weitere Untersuchungen

Die Studie des ZEW stellt ein Konzept vor, um Indikatoren für den Erfolg von Energiepolitik auszuwählen. Während sich mit den vorgeschlagenen Indikatoren bereits ein informatives Bild zeichnen lässt, bleibt dennoch großer Forschungsbedarf. Es lassen sich verschiedene Lücken in der Verfügbarkeit von Daten finden, an einigen Stellen fehlen geeignete Indikatoren. Die Studie zeigt aber auf, dass Energiepolitik nicht allein mit Indikatoren bewertet werden kann. Komplexe Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge können nicht durch einfache Kennzahlen abgebildet werden. Gründe für Entwicklungen lassen sich nicht aus Indikatoren ablesen. Neben der ex-post Betrachtung ist auch eine ex-ante Analyse notwendig, um zu erkennen, ob man auf dem richtigen Pfad ist. Schließlich ist eine Evaluation der einzelnen Maßnahmen erforderlich,

Differenz zwischen Endkunden- und Großhandelsstrompreisen



schaftlichen Kosten energiepolitischer Markteingriffe. Zur Berechnung der externen Effekten fehlen vor allem ausgereifte und unumstrittene Zahlen. Für die Regulierungskosten müssen ebenfalls bessere Maßzahlen entwickelt werden. Während dies für Aspekte wie Bürokratiekosten möglich ist und in anderen Ländern prak-

die zur Zielerreichung ergriffen wurden. Indikatoren können als Ergänzung und als Ausgangspunkt für strukturelle ökonomische oder technische Untersuchungen dienen. Darin liegt der größte Wert von Indikatoren: Sie zeigen, wo es sich lohnt, genauer hinzusehen.

Prof. Dr. Andreas Löschel, loeschel@zew.de

Nachgefragt: Wie ist die europäische Schuldenkrise einzudämmen?

FIRE statt Eurobonds: Neues Konzept gegen die Schuldenkrise im Euroraum

Die Vertrauenskrise an den Märkten für Staatsanleihen sollte durch einen direkten Zinsausgleich bekämpft werden. Dieser Vorschlag von PD Dr. Friedrich Heinemann zur Bekämpfung der europäischen Schuldenkrise vermeidet das Problem der Kollektivhaftung der Eurobonds und wäre selbst bei Einbeziehung von Spanien und Italien bezahlbar.

Was ist die zentrale Idee Ihres neu aufgetragenen Vorschlags?

Die Grundidee meines Vorschlags ist, dass Länder wie Deutschland oder die Niederlande einen Teil ihrer Krisengewinne aus ihren historischen Niedrigzinsen einsetzen, um die Zinslast von Ländern, die sehr hohe Zinsen zahlen müssen, ein Stück weit zu erleichtern. Das Geld der

Welche positiven Erwartungen verknüpfen Sie mit Ihrem Konzept?

Die Einrichtung eines solchen FIRE-Fonds hätte zur Folge, dass die Zinslast für neue Emissionen für die Krisenländer tragbar wäre und Konsolidierungsbemühungen nicht mehr wie zurzeit durch die hohen Marktzinsen zunichte gemacht würden.



PD Dr. Friedrich Heinemann ist Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft am ZEW. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der empirischen Finanzwissenschaften. Darüber hinaus untersucht er Fragestellungen des Fiskalwettbewerbs und Föderalismus in Europa. Im Jahr 2010 wurde er an der Universität Heidelberg habilitiert und lehrt dort Volkswirtschaftslehre. Neben seinem Engagement in verschiedenen wissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaften ist Heinemann unter anderem Vorstandsmitglied des Arbeitskreises Europäische

Integration e.V. und Mitglied im Wissenschaftlichen Direktorium des Instituts für Europäische Politik, Berlin.

Niedrigzinsländer würde in den „FIRE-Fonds“ fließen. „FIRE“ steht dabei für „fiscal interest rate equalization“ (fiskalischer Zinsausgleich).

Für Marktzinsen über einer kritischen Grenze würden Krisenländer dann bei jeder Anleiheemission mit einem entsprechenden Ausgleichsbetrag entschädigt. Die Unterstützungszusage würde zunächst auf ein Jahr befristet und an Bedingungen geknüpft. Die Verlängerung eines FIRE-Programms käme nur in Frage, wenn das begünstigte Land Reformfortschritte belegen könnte.

Welche Vorteile bietet FIRE gegenüber Eurobonds?

Verschiedene Untersuchungen zeigen deutlich die Vorteile des FIRE-Konzepts gegenüber den Eurobonds, die derzeit die Diskussion dominieren. Während Eurobonds mit Kollektivhaftung arbeiten, verzichtet FIRE auf jegliche Haftung. Im Unterschied zu den Eurobonds würde FIRE die Zinsunterschiede in der Eurozone nicht völlig beseitigen, sondern nur einengen. Anders als bei den versteckten Subventionen der Eurobonds sind die Transfers im FIRE-Ansatz völlig transparent. Die hohe

Transparenz würde nach meiner Einschätzung auch die Gefahr eindämmen, dass sich die Krisenländer auf eine dauerhafte Unterstützung verlassen und in ihrem Reformeifer erlahmen könnten.

Wie viel Geld würde FIRE den deutschen Steuerzahler kosten?

Bezüglich der Finanzierbarkeit des Zinsausgleichs durch den FIRE-Fonds im Falle einer Stützung Italiens und Spaniens kann ein vorsichtig optimistisches Fazit gezogen werden. Das System ist für Deutschland eindeutig billiger als Eurobonds. Eurobonds implizieren eine völlige Zinsnivellierung und verstecken daher ein sehr viel höheres Transfervolumen. Meine Berechnungen zeigen ebenfalls, dass den höheren Zinslasten der Krisenländer derzeit tatsächlich Zinseinsparungen der Länder mit guter Bonität in vergleichbarer Höhe gegenüberstehen.

Können Sie eine konkrete Größenordnung nennen?

Meiner Beispielrechnung der voraussichtlichen Größenordnung des FIRE-Stützungsvolumens habe ich eine Begrenzung der Zinsen Italiens und Spaniens auf fünf Prozent sowie die Marktbedingungen von Mai 2012 zugrunde gelegt. Dies würde für die Neuemissionen des Jahres 2012 eine jährliche Ausgleichszahlung von etwa 5,7 Milliarden Euro erfordern. Die Finanzierung würden sich Deutschland (90 Prozent), die Niederlande (8 Prozent) und Finnland (2 Prozent) teilen, gemäß ihrem jeweiligen Vorteil aus den eigenen Zinsersparnissen. Nach meiner Einschätzung ist FIRE, trotz der mit diesem Konzept verbundenen Lasten, im Vergleich zu einer Haftungsausweitung eindeutig der bessere Weg: Der Zinsausgleich kann helfen, das Roulette-Spiel um den deutschen Wohlstand zu verhindern, das mit der Alternative Eurobonds verbunden wäre.

Weitere Informationen zu FIRE finden Sie unter <http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/policybrief/pb01-12.pdf>

PD Dr. Friedrich Heinemann, heinemann@zew.de

Perspektiven für den Euro

Zum ZEW Wirtschaftsforum 2012 konnte ZEW-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz Mitte Juni rund 400 Gäste in Mannheim begrüßen. Unter dem Motto „Perspektiven für den Euro“ diskutierten renommierte Vertreter aus Politik, Finanzwirtschaft und Wissenschaft über Ursachen und Lösungsmöglichkeiten der Schuldenkrise im Euroraum.



Foto: ZEW

Das Podium: Ulrich Kater, Hans-Werner Sinn, Wolfgang Franz, Clemens Fuest, Manfred Neumann (von links).

Eine Podiumsdiskussion bildete den Auftakt des diesjährigen Wirtschaftsforums. Moderiert von ZEW-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Franz debattierten Prof. Dr. Clemens Fuest (Universität Oxford), Dr. Ulrich Kater (Deka Bank) und Prof. Dr. Manfred Neumann (Universität Bonn) sowie Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn (ifo Institut) über Wege aus der Krise. Darüber hinaus ging es um die Frage, wie Wachstum in der EU stimuliert werden kann, wenn gleichzeitig an einer Rückführung der Staatsverschuldung kein Weg vorbei führt.

In seinem Impulsreferat zeigte sich Clemens Fuest skeptisch gegenüber dem europäischen Fiskalpakt als Ausweg aus der Schuldenkrise. Er zweifle an, dass die Regierungen in Europa einen solchen Pakt tatsächlich einhielten. Die Erfahrungen der Vergangenheit, etwa mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt, hätten gezeigt, dass ratifizierte Verträge aufgeweicht und Sanktionsmechanismen ausgehöhlt werden könnten. Die oft geforderte Fiskalunion sei nur dann sinnvoll, so Fuest, wenn die Kontrolle über die nationalen Fiskalpolitiken auf die europäische Eben verla-

gert würde. Dies entmachtete jedoch die nationalen Parlamente und sei deshalb kein realistisches Szenario. Eine Fiskalunion mit einer zentralen europäischen Fiskalpolitik sei jedoch die zwingende Voraussetzung für eine solidarische Schuldenhaftung in Europa.

Vorschlag zur Errichtung einer europäischen Bankenunion

Als langfristige Strategie zur Stabilisierung der Eurozone plädierte Fuest für eine europäische Bankenunion. Dazu sei es erforderlich, auf europäischer Ebene eine reformierte Banken- und Finanzmarktregulierung einzuführen, die verschärfte Eigenkapitalstandards definiere und verhindere, dass Banken in großem Umfang Staatsanleihen ihres Sitzlandes oder anderer Länder hielten. Darüber hinaus sehe das Konzept einer Bankenunion eine europäische Bankenaufsicht mit weitreichenden Durchgriffsrechten vor. So solle ein europäischer Fonds zum Auffangen und Abwickeln instabiler Banken geschaffen und eine europäische Einlagensicherung installiert werden. Durch die Banken-

union könne der Teufelskreis der gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen Regierungen und ihren nationalen Bankensystemen durchbrochen werden, sagte Fuest. Umgekehrt wäre die Gefahr einer Bankenkrise infolge einer staatlichen Insolvenz weitgehend gebannt.

Mangelnde Wettbewerbsfähigkeit

Hans-Werner Sinn zeigte sich ebenfalls skeptisch, dass der geplante Fiskalpakt Europas Schuldenprobleme lösen werde. Seit dem Beschluss der Euro-Einführung 1995 hätte eine Aufwertung in den Südländern stattgefunden, sodass deren Wettbewerbsfähigkeit stetig abgenommen habe. Griechenland müsste sein Preisniveau um 37 Prozent vermindern, um mit dem Nachbarland Türkei konkurrieren zu können. Eine solch drastische Abwertung sei für Griechenland als Mitglied der Euro-Zone jedoch nicht möglich. Folglich gebe es für die Griechen nur eine Chance, um wieder wettbewerbsfähig zu werden, sagte Sinn. Das Land müsse aus der Eurozone auszutreten. Nach dem Austritt werde die Drachme gegenüber dem Euro abwerten, und Griechenlands Wirtschaft könne wieder wachsen. Denn die Griechen kauften dann wieder ihre eigenen Produkte und vor allem kämen die reichen Griechen aus dem Ausland zurück, um sich in Griechenland billig einzukaufen und Firmen aufzubauen. Bis es soweit sei und die griechische Wirtschaft wieder floriere, könne die EU das Land unterstützen.

Sinn thematisierte zudem den sozialen Sprengstoff, den er in der aktuellen Schuldenkrise und in den enormen Haftungssummen insbesondere Deutschlands, aber auch anderer Mitgliedsländer sieht. „Deutschland wird verarmen durch die hohen Schulden, die wir in der Krise aufnehmen“, sagte er. Es sei nicht einzusehen, dass die nachwachsende Generation zu Gläubigern der Südländer werden solle. Eine solche Entwicklung werde langfristig keinen Frieden in Europa stiften. Er gehe davon aus, dass es zumindest temporäre Austritte peripherer Euro-Länder geben werde und dass ein „Kern-

ZEW WIRTSCHAFTSFORUM

Europa“ übrig bleiben werde, sagte Sinn. Welche Länder zu diesem Kern gehören würden, könne derzeit noch niemand sicher sagen. Trotzdem sei er optimistisch, dass das Fernziel der „Vereinigten Staaten von Europa“ erreicht werden könne. Voraussetzung dafür sei allerdings, dass

Zahlungen in Griechenland weiterhin in Euro getätigt würden. Bargeldlose Zahlungen, etwa für Mieten und Versicherungsbeiträge würden dagegen zur Hälfte in Euros und Drachme bezahlt. Damit könnten Griechenland die bei einem vollständigen Austritt aus der Währungsunion dro-

Stattdessen könnte die gemeinsame Währung nun für ein Auseinanderdriften der Staaten sorgen. „Es steht nicht gut um das Experiment Währungsunion“, erklärte er. An den internationalen Finanzmärkten habe der Euro stark an Vertrauen verloren. Er gehe nicht davon aus, dass die Politik in absehbarer Zeit Lösungen für die Eurokrise finden werde. Er erwarte stattdessen, dass sich die Regierungen weiterhin von den Ereignissen treiben lassen und irgendwie „durchwursteln“ würden. In den Krisenländern sei ein fortgesetztes „ökonomisches Siechtum“ nicht auszuschließen. „Europas Strategie bestand bisher in Vertragsabschlüssen und Abwarten. Diese Strategie sei nun aber überreizt“, kritisierte er. Erst wenn die Europäische Zentralbank im Notfall etwa für italienische oder spanische Staatsanleihen eine Garantiezusage gebe, könnten sich die Finanzmärkte wieder normalisieren. Bis es soweit sei, werde jedoch noch viel Zeit vergehen, sagte Kater.

Der zweite Teil des ZEW Wirtschaftsforums bot wie bereits in den Jahren zuvor Wissenschaft für die Praxis. Daniel Dreßler stellte eine akute Forschungsarbeit zu Investitionen und Steuern vor. Dr. Gunnar Lang präsentierte Ergebnisse einer Forschungsarbeit zum Finanzplatz Frankfurt und Jan Hogrefe referierte zum deutschen Exportboom.



Das Interesse der Medien am diesjährigen ZEW-Wirtschaftsforum war groß. Das Rhein-Neckar-Fernsehen nahm die Veranstaltung in weiten Teilen in sein Programm auf.

wirtschafts- und fiskalpolitische Kompetenzen zentralisiert würden, um Fehlentwicklungen in den Mitgliedsländern wirkungsvoll zu unterbinden. Dann sei auch der soziale Friede gesichert.

Euro plus Drachme?

Manfred Neumann stellte einen Austritt Deutschlands aus der Währungsunion zur Diskussion. Deutschland sei wirtschaftlich zu stark gegenüber den anderen Mitgliedern der Währungsunion. So sei es möglicherweise die einfachste Lösung, dass Deutschland die Eurozone verlasse. Allerdings, schränkte er ein, halte er es für wahrscheinlich, dass andere Länder ebenfalls den Euro verlassen würden, wenn der starke deutsche Partner ausscheide. Alternativ könnte ein zumindest vorübergehender Austritt Griechenlands aus der Währungsunion mit der Option eines späteren Wiedereintritts die aktuelle Schuldenkrise entspannen. Vorstellbar sei aber auch, dass Griechenland neben dem Euro eine zweite Währung, also die Drachme, einführe, sagte Neumann. In diesem Szenario sei denkbar, dass Bar-

hende Inflation in Schach halten, gleichwohl aber seine Wettbewerbsfähigkeit über flexibles Ab- und Aufwerten der Drachme stärken. Eine Bankenunion halte er dagegen nicht für zielführend, sagte Neumann. Er plädierte stattdessen für eine Rückkehr zur Solidität und damit für Eigenverantwortung und Eigenhaftung eines jeden Mitgliedslandes. Damit in Europa langfristig Wirtschaftswachstum erzielt werden könne, sei es zwingend notwendig, den eingeschlagenen keynesianischen Pfad zu verlassen. Staatliche Stimuli in Form von Betongold und Autobahnen seien die denkbar schlechteste Option. Stattdessen müssten die Länder Europas zwingend ihre Ausbildungssysteme reformieren und ihre Arbeitsmärkte deregulieren. Dies gelte übrigens ebenfalls für Deutschland, sagte Neumann.

Ulrich Kater machte deutlich, wie sich die Euro-Krise auf den Finanzmärkten auswirkt. Er zweifle daran, dass die Politik zeitnah Entscheidungen treffen könne, die die Märkte beeindrucken und die Euro-Krise lösen könnten. „Ursprünglich sollte der Euro als Vehikel für die politische Integration dienen“, sagte Kater.

Risse im Fundament der Währungsunion

Der Nachmittag des Wirtschaftsforums begann mit einem Vortrag von Dr. Jens Weidmann, Präsident der Deutschen Bundesbank. Das finanz- und wirtschaftspolitische Fundament der Währungsunion habe tiefe Risse bekommen, sagte Weidmann. Prinzipiell müsse Europa sich zwischen zwei Wegen entscheiden, um zu einer stabilen Währungsunion zurückzufinden. Entweder müssten sich die Mitgliedsländer auf die Prinzipien des Maastricht-Vertrags und auf ihre jetzigen Verfassungen besinnen. Dies würde bedeuten, dass die Fiskal- und Wirtschaftspolitik vornehmlich in nationaler Verantwortung verbleibt, ebenso wie die Wahrung der Stabilität der nationalen Banken- und Finanzsysteme. Anreize zu stabilitätskonformen Politiken der Mitgliedsländer würden dann über ein striktes Regelwerk und

ZEW WIRTSCHAFTSFORUM



Bundesbank-Präsident Jens Weidmann diskutierte zwei Szenarien zur Stabilisierung der Währungsunion.



ZEW-Präsident Wolfgang Franz erläuterte den Vorschlag eines europäischen Schuldentilgungspakts.

über die an den Kapitalmärkten zu zahlenden Zinsaufschläge gegeben. Dieses Szenario sehe keine Gemeinschaftshaftung vor, sagte Weidmann. Um diesen Weg erfolgreich zu gehen, müsste das bisherige Regelwerk gestärkt und Mechanismen zur Krisenprävention eingebaut werden, etwa in Form einer europäischen Bankenaufsicht und Verbesserungen bei der Regulierung des Finanzsystems.

Als Alternative dazu bestünde die Option, die Eurozone zu einer echten Fiskalunion zu machen, sagte Weidmann. Um eine stabilitätsorientierte Fiskalunion zu etablieren, müssten die Euro-Länder bereit sein, sich strengen Haushaltsregeln bindend zu unterwerfen. Darüber hinaus müssten sie die Bereitschaft aufbringen, in Teilbereichen nationale Souveränität an eine zentrale Ebene abzugeben, die

die Regeleinhaltung effektiv überwachen und durchsetzen müsse. Er wolle für eine stabilitätsorientierte Fiskalunion plädieren, die weiterhin ein hohes Maß an nationaler Selbstständigkeit zulasse, sagte Weidmann. Dies bedeute, dass strenge europäische Haushaltsregeln eingeführt werden müssten mit verbindlichen Obergrenzen für die nationale Kreditaufnahme. Die Einhaltung dieser Regeln solle eine neue, unabhängige Institution überwachen. Wenn sich ein Land nicht an die Haushaltsregeln halte, würde automatisch ein Teil der nationalen Souveränität auf die europäische Ebene übergehen, um die Einhaltung der Ziele zu gewährleisten. Als Beispiel hierfür nannte Weidmann das Recht, Steuern zu erhöhen oder Ausgaben zu kürzen. Schließlich sei in einem solchen Rahmen, der die Einhal-

tung fiskalischer Regeln sicherstelle, auch die Einführung einer gemeinschaftlichen Schuldenhaftung möglich, etwa durch die Begebung gemeinschaftlich garantierter Staatsanleihen oder durch eine Bankenunion. Eine solche stringente Fiskalunion sei grundsätzlich geeignet, die Währungsunion auf ein belastbares, dauerhaftes Fundament zu stellen, sagte Weidmann. Allerdings müsse eine Fiskalunion umfassend demokratisch legitimiert sein, denn nationale Souveränität und Selbstbestimmung müssten im Gegenzug abgegeben werden. Darüber hinaus seien Änderungen der europäischen Verträge nötig, um einen verlässlichen Rechtsrahmen für die Fiskalunion zu schaffen. Europa stehe vor einer Richtungsentscheidung, wie eine Stabilitätsunion bewahrt werden solle, sagte Weidmann. Dies erfordere eine umfassende öffentliche Diskussion gerade der politisch unangenehmen Fragen.

Vorschlag eines europäischen Schuldentilgungspakts

Zum Abschluss des Wirtschaftsforums ergriff ZEW-Präsident Wolfgang Franz noch einmal das Wort. Er fasste die im Laufe des Tages vorgebrachten Positionen zusammen und stellte kurz das vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vorgeschlagene Konzept eines Schuldentilgungspakts vor. Ein europäischer Schuldenpakt sehe vor, sagte Franz, über einen gemeinsamen Konsolidierungspakt und verbindliche nationale Schuldenbremsen die Staatsverschuldung der Teilnehmerländer wieder auf die 60-Prozent-Grenze des Vertrags von Maastricht zurückzuführen. Die darüber hinausgehende Verschuldung solle in einen Tilgungsfonds mit gemeinschaftlicher Haftung eingebracht werden. Die in den Fonds ausgelagerte Verschuldung müsse dann über 20 bis 25 Jahre hinweg getilgt werden, beispielsweise über eine dazu erhobene nationale Steuer. Halte sich ein Staat nicht an seinen Tilgungsplan, so Franz, könne dies durch den Einbehalt eines Teils seiner Devisen- und Goldreserven sanktioniert werden.

Elisa Jendrusch, jendrusch@zew.de
Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de

ZEW INTERN

ZEW-Wissenschaftler erhalten Sakıp Sabancı International Research Award 2012 in Istanbul



Atilim Seymen und Florian Misch (von rechts).

Die am ZEW entstandene Studie „The Effectiveness of Countercyclical Fiscal Policy in Turkey During the Recent Economic Crisis – Evidence from a Natural Experiment“ wurde mit dem Sakıp Sabancı International Research Award 2012 prämiert. Die Autoren, die ZEW-Wissenschaftler Florian Misch, PhD, und Dr. Atilim Seymen, nahmen die mit 20.000 US-Dollar dotierte Auszeichnung bei der Preisverleihung im Juni 2012 in Istanbul entgegen. Das Thema des diesjährigen Wettbewerbs war „Performance of the Turkish Economy during Global Crises“. Die prämierte Studie von Misch und Seymen untersucht mittels eines innovativen statistischen Ansatzes die Auswirkungen einer temporären Konsumsteuersenkung, die während der Wirtschaftskrise 2009 von der türkischen Regierung eingeleitet worden war, auf die Umsätze von Unternehmen.

Chinesische Delegation besucht das ZEW



Der Besuch aus China Anfang Juni 2012 am ZEW.

Eine hochrangige Delegation des „Development Research Center of the State Council, P.R. China“ (DRC) und des „Human Resources Study and Training Center“ aus mehreren Provinzen und Städten Chinas besuchte Anfang Juni 2012 das ZEW. Unter Leitung von Li Guoqiang, DRC und Human Resources Study and Training Center, informierten sich die Delegationsteilnehmer über die Struktur und das Managementsystem des ZEW, dessen Forschungsmittel und Publikationen sowie die bereits vorhandenen Kontakte mit China. Begrüßt wurde die Delegation vom kaufmännischen Direktor des ZEW, Thomas Kohl, der einen Überblick über das Forschungsinstitut, seine Forschung und Finanzierung gab. Die Gespräche am ZEW hatten auf Wunsch der chinesischen Besucher insbesondere die Sammlung von Forschungsdaten sowie die Förderung der Forschungsarbeit junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zum Gegenstand.

Die am ZEW entstandene Studie „The Effectiveness of Countercyclical Fiscal Policy in Turkey During the Recent Economic Crisis – Evidence from a Natural Experiment“ wurde mit dem Sakıp Sabancı International Research Award 2012 prämiert. Die Autoren, die ZEW-Wissenschaftler Florian Misch, PhD, und Dr. Atilim Seymen, nahmen die mit 20.000 US-Dollar dotierte Auszeichnung bei der Preisverleihung im Juni 2012 in Istanbul entgegen. Das Thema des diesjährigen Wettbewerbs war „Performance of the Turkish Economy during Global Crises“. Die prämierte Studie von Misch und Seymen untersucht mittels eines innovativen statistischen Ansatzes die Auswirkungen einer temporären Konsumsteuersenkung, die während der Wirtschaftskrise 2009 von der türkischen Regierung eingeleitet worden war, auf die Umsätze von Unternehmen.

Eine hochrangige Delegation des „Development Research Center of the State Council, P.R. China“ (DRC) und des „Human Resources Study and Training Center“ aus mehreren Provinzen und Städten Chinas besuchte Anfang Juni 2012 das ZEW. Unter Leitung von Li Guoqiang, DRC und Human Resources Study and Training Center, informierten sich die Delegationsteilnehmer über die Struktur und das Managementsystem des ZEW, dessen Forschungsmittel und Publikationen sowie die bereits vorhandenen Kontakte mit China. Begrüßt wurde die Delegation vom kaufmännischen Direktor des ZEW, Thomas Kohl, der einen Überblick über das Forschungsinstitut, seine Forschung und Finanzierung gab. Die Gespräche am ZEW hatten auf Wunsch der chinesischen Besucher insbesondere die Sammlung von Forschungsdaten sowie die Förderung der Forschungsarbeit junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zum Gegenstand.

ZEW WIRTSCHAFTSANALYSEN

Kai Hüschelrath, Nina Leheyda, Kathrin Müller, Tobias Veith

Schadensermittlung und Schadensersatz bei Hardcore-Kartellen

Verstöße gegen Vorschriften des Wettbewerbsrechts gehen regelmäßig mit einer Schädigung vor- oder nachgelagerter Wirtschaftsstufen einher. Der vorliegende Band verfolgt das Ziel, Juristen und Ökonomen eine Anleitung zu geben, wie der Abnehmern eines Kartells entstandene

Schaden in ökonomisch und juristisch tragfähiger Weise ermittelt werden kann. Der rechtliche Rahmen für die Geltendmachung von Kartellschadensersatz wird ebenso dargestellt wie die ökonomischen Methoden zur Schadensberechnung. Auf der Grundlage öffentlicher und privater

ZEW DISCUSSION PAPERS

ZEW Summer Workshop 2012

Der 14. ZEW Summer Workshop findet dieses Jahr vom 12. bis 16. Oktober statt und widmet sich dem Thema „internationaler Handel und dessen Einfluss auf die Umwelt“. Aufgrund zunehmender Globalisierung und der Problematik, dass Industrienationen durch strenge und einseitige Umweltstandards an Wettbewerbsfähigkeit verlieren könnten, wird dieses Thema von Seiten der Politik, Nichtregierungsorganisationen, und der Wissenschaft stark diskutiert. Der ZEW Summer Workshop soll jungen Nachwuchswissenschaftlern die Möglichkeit eröffnen, ihre Arbeiten zu diesem eng verzahnten Themenfeld mit führenden Wissenschaftlern zu diskutieren. Besonders erfreulich ist, dass mit M. Scott Taylor und Brian R. Copeland, zwei sehr renommierte Umweltökonomien als Lektoren gewonnen werden konnten. Papiere können bis zum 24. August 2012 eingereicht werden. Weitere Informationen: www.zew.de/veranstaltung1700

ZEW DISCUSSION PAPERS

Nr. 12-038, Steven D. Levitt, John A. List, Susanne Neckermann, Sally Sadoff: The Behaviorist Goes to School: Leveraging Behavioral Economics to Improve Educational Performance.

Nr. 12-037, Kai Hüschelrath, Kathrin Müller, The Competitive Effects of Firm Exit – Evidence from the U.S. Airline Industry.

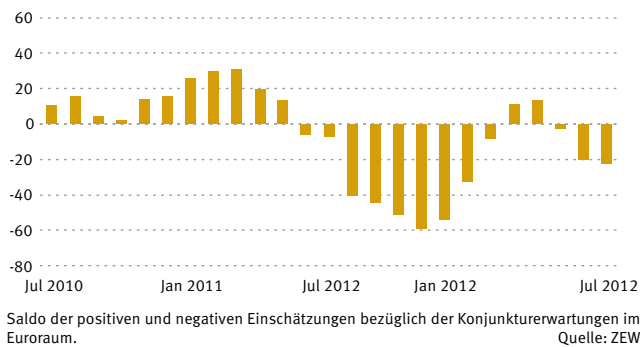
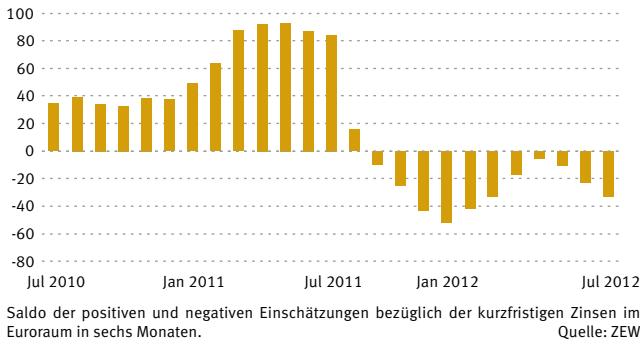
Nr. 12-036, Kai Hüschelrath, Kathrin Müller, Tobias Veith: Estimating Damages from Price-Fixing – The Value of Transaction Data.

Daten zu einem deutschen Zementkartell wird eine konkrete empirische Quantifizierung des entstandenen Schadens beispielhaft durchgeführt.

ZEW Wirtschaftsanalysen Band 102, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 2012, ISBN 978-3-8329-7511-1

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im Juli 2012



EZB: Weitere Zinssenkung wird wahrscheinlicher

Anfang Juni hat die EZB den Leitzins auf 0,75 Prozent gesenkt. Das ist der niedrigste Stand in der Geschichte der EZB. Trotz der Senkung gehen immer mehr Finanzmarktexperten davon aus, dass weitere Zinssenkungen folgen werden. Mittlerweile erwarten 38,0 Prozent der Befragten und somit 9,0 Prozent mehr als im Vormonat, dass es mit den Zinsen in den kommenden Monaten noch weiter nach unten geht. Noch immer ist jedoch eine Mehrheit von 56,8 Prozent (-7,9 Prozentpunkte) der Teilnehmer davon überzeugt, dass das Zinsniveau konstant bleiben wird.

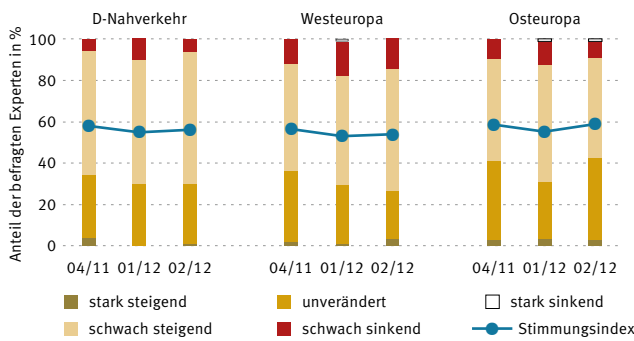
Frieder Mokinski, mokinski@zew.de

Eurozone: Konjunkturerwartungen stabiler

Die Konjunkturerwartungen für die Eurozone haben sich im Juli 2012 auf niedrigem Niveau stabilisiert. Der entsprechende Saldo notiert fast unverändert zum Vormonat bei minus 22,3 Punkten (-2,2 Punkte). Es handelt sich dennoch um den niedrigsten Stand des Indikators seit Januar 2012. Ebenfalls stabilisiert hat sich die Einschätzung der aktuellen wirtschaftlichen Lage. Der Saldo der positiven und negativen Einschätzungen hinsichtlich der aktuellen Konjunkturlage in der Eurozone rangiert bei einem Stand von minus 72,9 Punkten (+0,3 Punkte).

Frieder Mokinski, mokinski@zew.de

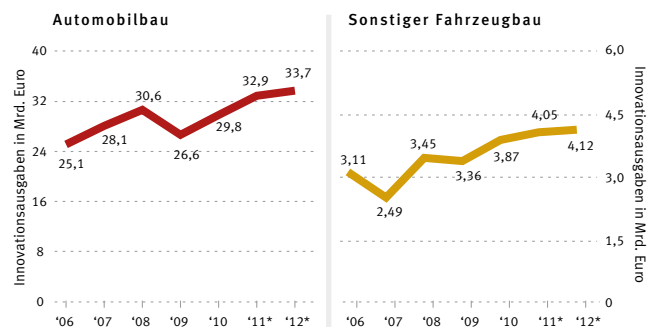
Perspektiven für Lkw-Transport verhalten optimistisch



Der Abwärtstrend der Stimmung bezüglich der Aufkommensperspektiven des Lkw-Transports ist – zumindest im Moment – gestoppt und das Stimmungstief aus dem ersten Quartal 2012 überwunden. Dies sind die aktuellen Ergebnisse des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW. Während die Mehrheit der befragten Experten im kommenden halben Jahr mit einer unveränderten Mengenentwicklung rechnet, gehen immerhin mehr als ein Viertel von einem Anstieg aus, im Binnenfern- und Osteuropaverkehr sogar gut 40 Prozent. Nur im Westeuropaverkehr werden die Perspektiven etwas verhaltener eingeschätzt.

Dr. Claudia Hermeling, hermeling@zew.de

Deutscher Fahrzeugbau bleibt auf Innovationskurs



* Planzahlen von Frühjahr/Sommer 2011

Die Unternehmen des deutschen Fahrzeugbaus haben 2010 den Rückgang der Innovationsausgaben im Jahr 2009 wettgemacht und planten für 2011 deutlich höhere Innovationsbudgets. Für den Automobilbau dürften sich 2011 die Ausgaben für neue Produkte und Prozesse auf fast 33 Milliarden Euro belaufen haben. Im sonstigen Fahrzeugbau (Luft-, Schienen- und Wasserfahrzeugbau) summieren sich die Innovationsausgaben 2011 auf über vier Milliarden Euro. Die Planzahlen für 2012 waren aufgrund der ungewissen konjunkturellen Entwicklung vorsichtig angesetzt und könnten letztlich besser ausfallen.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

STANDPUNKT



Grexit

Inwieweit der Einzug Griechenlands ins Viertelfinale der Fußball-Europameisterschaft 2012 das griechische Wahlvolk beflügelt haben mag, ist unbekannt. Jedenfalls verschafft der Ausgang der Wahlen vom 17. Juni eine Atempause, die nun genutzt werden muss.

Nachdem in Griechenland eine anscheinend handlungsfähige Regierung gebildet wurde, prüft nun die Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) erneut die Umsetzung des vertraglich vereinbarten Programms, und danach entscheiden die europäischen Regierungschefs über das weitere Vorgehen. Damit stellen sich zumindest die drei folgenden Fragen. Wie sind die bisherigen Anstrengungen Griechenlands bei Einsparungen und Wirtschaftsreformen zu bewerten? Inwieweit besteht ein Spielraum für Nachverhandlungen des Anpassungsprogramms für Griechenland? Wäre ein Austritt Griechenlands aus der Währungsunion das kleinere Übel? Die außerordentlich kontroverse und leidenschaftlich geführte Diskussion über diese Aspekte belegt bereits, um welch schwierige Materie es sich dabei handelt.

Griechenlands Fortschritte bei der Sanierung seiner öffentlichen Finanzen widersprechen vielfach geäußerten Wahrnehmungen. In den Jahren 2009 bis 2011 hat sich das Finanzierungsdefizit des griechischen Staates in Relation zum Bruttoinlandsprodukt um rund sieben Prozentpunkte verringert. Wenn dezidiert die Konsolidierungsanstrengungen selbst und deren Erfolg zur Rede stehen, empfiehlt es sich, das konjunkturbereinigte Defizit ohne staatliche Zinszahlungen als Messlatte zu verwenden. Dessen Rückführung beläuft sich in dem genannten Zeitraum auf rund zwölf Prozentpunkte. Dieser Erfolg sollte nicht klein geschrieben werden, vor allem wenn man sich vorstellt, welche öffentlichen Erregungswellen Deutschland bei ähnlichen Konsolidierungsanstrengungen erschüttern würden. Schon das Problemchen vor zwei Jahren, ob die Empfänger von Arbeitslosengeld II fünf Euro monatlich mehr erhalten, führte hierzulande zu einem mittleren Erdbeben. Im Zusammenhang mit dem Anpassungsprogramm zur Stärkung der griechischen Wettbewerbsfähigkeit sei außerdem daran erinnert, welch quälend langwieriger Prozess hierzulande der Agenda 2010 vorausging. Die Troi-

ka wird im Einzelnen beurteilen, inwieweit Griechenland bei der Implementierung eines funktionstüchtigen Steuersystem und der Flexibilisierung seiner Gütermärkte und Arbeitsmärkte vorangekommen ist. Allem Anschein nach hinkt Griechenland hier beträchtlich hinterher.

Wenn die neue griechische Regierung bei diesen Strukturmaßnahmen, deren fiskalische Kosten vergleichsweise gering sein dürften, glaubwürdig und beherzt vorankommt, dann könnte die EU Griechenland bei der Haushaltskonsolidierung etwas mehr Zeit einräumen. Denn die seinerzeitigen Prognosen über die wirtschaftliche Entwicklung Griechenlands waren unrealistisch optimistisch und die Abwärtsspirale aus Konsolidierung und Rezession noch zu verstärken, wäre ökonomisch unvernünftig und politisch höchst brisant. Die erschreckend hohe (Jugend-) Arbeitslosigkeit birgt schon jetzt sozialen Sprengstoff.

Ein Austritt aus der Währungsunion („Grexit“) hätte für Griechenland verheerende Folgen und kostete die übrigen Euro-Länder sehr viel Geld. Nach Schätzungen fiel das griechische Bruttoinlandsprodukt mindestens um weitere 20 Prozent, Inflation und Arbeitslosigkeit stiegen um jeweils rund 30 Prozent. Zwar wertete eine neue Drachme beträchtlich ab, jedoch dürfte eine daraufhin wohl unweigerlich einsetzende Lohn-Preis-Spirale den abwertungsbedingten internationalen Wettbewerbsvorteil alsbald reduzieren. Außerdem wird Europa Griechenland nicht einfach seinem Schicksal überlassen, sondern aus guten Gründen weiterhin helfen wollen, denn Europa ist bis zu einem gewissen Grad eine Solidargemeinschaft. Die Kosten eines Austritts Griechenlands sind für die Euro-Zone ebenfalls immens, nämlich unter anderem in Form von Abschreibungen bei den (Target-) Verbindlichkeiten Griechenlands und bei griechischen Staatsanleihen im Besitz europäischer Banken. Mindestens ebenso gravierend wiegen mögliche Ansteckungseffekte auf Spanien und Italien mit schwer kalkulierbaren Konsequenzen. So teuer es wird, der Verbleib Griechenlands in der Währungsunion stellt sich mithin wohl als die etwas weniger riskante Option dar.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,
L 7, 1, 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 103443, 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion: Kathrin Böhrer · Telefon 0621/1235-103 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail boehmer@zew.de
Gunter Grittmann · Telefon 0621/1235-132 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2012